

Bezirksverordnetenversammlung Neukölln von Berlin

XVIII. Wahlperiode



Protokoll

29. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 15.01.2009
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18.30 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Neukölln, Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin, 1. Etage, Köln-Zimmer (A 104)

Anwesende:

Finger, Jutta	SPD	
Knörr, Sabine	SPD	
Pohl, Manuela	SPD	
Khalil, Nader	CDU	
Schwarzer, Christina	CDU	
Wagner, Heinz	Grüne	
Wittke, Franz	FDP	
Schumacher, Dirk	GRAUE	Vertretung für: Rühlmann, Wolfgang
Karaaslan, Gülaysan	LINKE	
Ahrens, Jens Holger	AWO Südost e.V.	
Danquart, Iris	Kinder- und Jugendhilfe- verbund gGmbH	Vertretung für: Knoller, Elisabeth
Tamer, Burak	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.	
Zander, Martina		Vertretung für: Honisch, Manuel
Becker, Hans-Peter	Katholische Kirche	
Heinemann, Gabriele	Mädchenarbeit	
Schimmang, Wolfgang	BiSchulKuDez	Vertretung für: Vonnekold, Gabriele
Dr. Gallus-Jetter, Gabriele	JugDir	

Mitarbeiter der Verwaltung:

Könning, Saskia	JugDez 1
Ortmann, Gerd	Jug Z L
Grothe, Frank	Jug Z 250
Pade, Hans-Joachim	Jug 2

Gäste:

Schwarz, Oliver	Sportjugend
Stratmann, Martin	Paritätischer Wohlfahrts- verband
Potschka, Anita	EJF Lazarus
El-Kahtib, Ola	MaDonna

Abwesende:

Bemfert, Astrid	BEA Neukölln	entschuldigt
Rühlmann, Wolfgang	GRAUE	entschuldigt
Haese, Axel	Human. Verband	entschuldigt
Honisch, Manuel	SJD-Die Falken	entschuldigt
Knoller, Elisabeth	Kinderschutzzentrum	entschuldigt
Lemming, Siegfried	Diakon. Werk Neukölln-Oberspree e.V.	entschuldigt
Gelfert, Karin	Junge HumanistInnen	entschuldigt
Kohn, Ivetta	Behindertenarbeit	unentschuldigt
Meinecke, Wolfgang	Bezirksschulbeirat	unentschuldigt
Petzold, Olaf	Evangelische Kirche	entschuldigt
Vonnekold, Gabriele	JugDez	entschuldigt

Frau Finger begrüßt die Ausschussmitglieder, die Mitarbeiter der Verwaltung sowie die Gäste und stellt fest, dass die Einladungen allen Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen sind. Auf Grund von Krankheit wird Frau Vonnekold durch Herrn Bezirksstadtrat Wolfgang Schimmang vertreten. Frau Finger eröffnet die 29. Sitzung des Jugendhilfeausschusses.

zu 1 **Protokolle der 27. und 28. Sitzung**

Es gibt keine Änderungsvorschläge, sodass die Mitglieder den Protokollen der 27. und 28. Sitzung in den vorliegenden Fassungen zustimmen.

zu 2 **Kiez AG**

Aus den Kiez-AGs gibt es keine Mitteilungen.

zu 3 **Vorstellung der Elterngeldstelle**

Herr Ortmann, Leiter des Bereichs Zentrale Dienste, stellt zusammen mit Herrn Grothe, Gruppenleiter der Elterngeldstelle, die Arbeit der Elterngeldstelle vor.

Das Elterngeld ist wichtig für die Lebensphase nach der Geburt eines Kindes. Aufgabe der Verwaltung ist es, eine zeitnahe Bearbeitung der Anträge zu gewährleisten. Informationen zum Thema Elterngeld stehen auf den Webseiten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie auf der Internetpräsentation des Jugendamtes auf Berlin.de zur Verfügung.

Die Elterngeldstelle in der Rudower Straße 8 ist unter der zentralen Rufnummer 6809-1515 in der Zeit montags bis freitags von 9.00 bis 14.00 Uhr erreichbar. Zusätzlich ist eine zentrale E-Mail-Adresse elterngeld@ba-nkn.verwalt-berlin.de eingerichtet, die bereits sehr gut angenommen wird.

Die zeitnahe Bearbeitung der Elterngeldanträge bereitete zu Beginn des Jahres 2007 große Probleme, was unter anderem darin begründet lag, dass keine passende Software zur Verfügung stand und die ersten Anträge manuell berechnet und beschieden werden mussten. Nachträglich waren für alle Fälle manuell Bescheinigungen für die Steuererklärung auszustellen.

Zwar wurden zwei Mitarbeiterinnen aus der Senatsverwaltung zur Verstärkung der Elterngeldbereichs angeworben, diese ersetzen aber lediglich nur die Mitarbeiterinnen, welche zeitgleich durch Altersteilzeit und Pension ausschieden.

Herr Ortmann schätzt ein, dass der Arbeitsaufwand für die Berechnung des Elterngeldes etwa dem 1,4-fachen des Erziehungsgeldes entspricht. Nach wie vor ist die Bearbeitungszeit von Elterngeld im Bezirk relativ lang, jedoch ist Herr Ortmann zuversichtlich, dass die in der Zielvereinbarung vorgenommene Bearbeitungsdauer von weniger als 50 Tagen dauerhaft bis zum März 2009 erreicht wird. Frau Dr. Gallus-Jetter ergänzt dazu, dass im April 2007 ein bezirksinternes Berichtswesen eingeführt wurde, um mit schnellen Reaktionen wie Schließzeiten die Verkürzung der Bearbeitungsdauer konsequent zu verfolgen.

Die Elterngeldanträge werden in der Regel strikt nach Eingang abgearbeitet. Sofern in besonderen Einzelfällen, beispielsweise bei Alleinerziehenden, ein Einkommensausfall droht, wird dies bei der Bearbeitung berücksichtigt. Auf Nachfrage von Frau Pohl gibt Herr Grothe die Auskunft, dass der Antrag bereits mit dem Tag der Geburt gestellt werden kann, die Unterlagen wie die

Geburtsurkunde können später nachgereicht werden, ohne dass die Bearbeitungsfrist von vorn beginnt.

In diesem Zusammenhang mahnt Frau Dr. Gallus-Jetter an, dass die Anträge rechtzeitig gestellt werden müssen. Bei einer aktuellen Bearbeitungszeit von sieben Wochen können die Anträge auf Elterngeld rechtzeitig vor Ablauf des Mutterschaftsgeldes bewilligt werden. Leider wird immer wieder erst mit Ablauf dieser Leistung Elterngeld beantragt.

Herr Grothe verdeutlicht noch einmal die Aussagen durch Zahlen. Hierbei verweist er darauf, dass diese Statistik manuell erstellt werden musste, da die Software für das Elterngeld keine statistische Auswertung zulässt.

Durchschnittlich werden in Neukölln 400,- Euro Elterngeld bewilligt, dies entspricht allein für den Bezirk Ausgaben von 14,5 Mio. Euro im Jahr 2008. Das Elterngeld erreicht alle Familien mit Neugeborenen und verbessert deren Absicherung. Es ist anrechnungsfrei und unterliegt lediglich der Progression. Ein positiver Effekt ist bei den „Vätermonaten“ festzustellen. Der Anteil beträgt bereits 13,7 Prozent, Tendenz steigend.

Verbesserungsmöglichkeiten sieht Herr Grothe bei der Anrechnung des Geschwisterbonus auf Sozialleistungen, bei der Berechnung des Elterngeldes für Selbstständige und bei der Software.

Zum 01.01.2009 trat das erste Änderungsgesetz zum Bundeselterngeldgesetz in Kraft, es soll die einmalige Antragsänderung im Bezugszeitraum zulassen und festlegen, dass mindestens zwei Monate zusammenhängend beantragt werden müssen. Das Gesetz und genauere Angaben liegen ihm allerdings noch nicht vor.

zu 4 Kita-Plätze bei nicht gezahlten Beiträgen Drucksache: 0904/XVIII

Frau Finger verliest den Antrag und bittet Herrn Pade, zu den rechtlichen Voraussetzungen zu berichten. Dieser vermutet, dass die Intention des Antrages auf die Abtretungen abzielt, die zu Zeiten des BSHG gegenüber dem Bezirksamt, Abteilung Soziales, erklärt werden konnten. Dies war möglich, da zu dieser Zeit die Kita-Plätze noch von der Abteilung Jugend betrieben wurden. Die Wirkung der Abtretung entfaltete sich somit innerhalb eines Bezirksamtes.

Seit der Einführung des Sozialgesetzbuches II (Hartz IV), der Übertragung der Kindertagesstätten an freie Träger und der Gründung des Eigenbetriebes ist das damalige Verfahren nicht mehr durchführbar. Aufgabe des Jugendamtes, Bereich Kindertagesbetreuung, ist es, anhand der eingereichten Einkommensunterlagen der Eltern, die Höhe der zu entrichtenden Kita-Kosten festzulegen. Die Zahlungen erfolgen dann direkt zwischen den Eltern und dem jeweiligen Träger.

Eine Abtretung gegenüber dem Bezirksamt, die bewirken soll, dass das JobCenter die Kita-Beiträge der Familien von den Leistungen einbehält und direkt an den Eigenbetrieb überweist, ist rechtlich, aber auch verwaltungstechnisch schwer durchführbar, zumal Betreuungsverträge, die bei freien Trägern abgeschlossen wurden, sowie Hortverträge von dem vorliegenden Antrag nicht erfasst werden. Es ist zu bedenken, dass Abtretungserklärungen freiwilliger Natur sind und nach jeder Änderung der persönlichen Situation entsprechend angepasst werden müssen. Inwieweit ein solches Verfahren im Jobcenter durchgeführt werden kann, wäre zu erfragen.

Herr Schimmang sieht die edle Absicht des Antrages, merkt aber an, dass die Weite des Lebens nicht vollständig erfasst wurde. Er schätzt ein, dass ca. 10 Prozent der Eltern nicht ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

Herr Ahrens ergänzt dazu, dass auch die freien Träger alle Möglichkeiten bis hin zum Mahnbescheid nutzen, leider nicht häufig erfolgreich. Aber auch er sieht die Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Verfahrens und befürchtet, dass der Antrag in der vorliegenden Form keine Wirkung entfalten könnte. Wenn der Träger über die Situation in einer Familie informiert ist, lassen sozialpädagogische Gründe auch abweichende Regelungen zu, sodass nicht einfach die Kita-Plätze gekündigt werden.

Frau Schwarzer fände es bedauerlich, wenn der Antrag nicht umgesetzt würde. Da er auch in der BVV bereits besprochen wurde, möchte sie gern mit einem Ergebnis aus der Sitzung gehen. Sie spricht sich für den Vorschlag von Frau Finger aus, dass JobCenter anzuschreiben und auf die Wichtigkeit des Themas aufmerksam zu machen. Sie ist sich bewusst, dass der Antrag in dieser Form nicht vollständig umsetzbar ist, möchte dazu aber gern die Stellungnahme des JobCenters haben.

Frau Dr. Gallus-Jetter führt dazu an, dass sich hier deutlich zeigt, dass eine Gesetzgebung selbst mit bester Absicht nicht alle Lebenslagen berücksichtigen kann. Dies zeigt sich erst in der alltäglichen Anwendung. Hierzu ergänzt Herr Schimmang, dass die Familien, welche die Abtretungserklärungen unterschreiben, gar nicht das Problem darstellen würden. Zudem wäre zu beachten, welche Leistungen unter „Transferleistungen“ subsumiert werden sollen. Immerhin umfassen Transferleistungen neben anderen auch das Wohngeld und die Lernmittelbefreiung. Er schlägt daher vor, dass der Antrag noch einmal überdacht werden sollte.

Frau Zander berichtet dazu, dass ihre Kita dazu übergegangen ist, die Kita-Beiträge in bar anzunehmen, mit dem Vorteil, dass nichtzahlende Eltern direkt angesprochen werden können. Damit wurde es erreicht, dass die Kita keine großen Außenstände verzeichnet.

Frau Finger fasst die drei vorgeschlagenen, weiteren Vorgehensweisen zusammen und bittet um Abstimmung.

Die SPD-Fraktion zieht den Antrag letztlich zurück.

zu 5 Mitteilungen

Frau Finger informiert über die Neuköllner Marktstiftung. Die Marktverwaltung Rainer Perske übergab dem Bezirk Neukölln die Neuköllner Marktstiftung. Ausgestattet mit 100.000 Euro Stiftungskapital sollen aus den Erträgen Projekte für Kinder und Jugendliche bis zu einem Alter von 21 Jahren unterstützt werden. Ziel ist es, Jugendlichen Berufs- und Karrierechancen aufzuzeigen und ihnen die Möglichkeit zu bieten, sich zu eigenverantwortlich handelnden, selbstbewussten Persönlichkeiten zu entwickeln.

In der Stiftungssatzung ist ein Kuratorium vorgesehen, in welchem Herrn Perske zwei von ihm noch zu bestimmende Mitglieder, die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, das für Schulen zuständige Mitglied des Bezirksamtes sowie ein Bürgerdeputierter oder ein beratendes Mitglied des Jugendhilfeausschusses auf Vorschlag des Jugendhilfeausschusses vertreten sind.

Der Jugendhilfeausschuss schlägt für das Kuratorium der Marktstiftung Frau Gabriele Heine mann vor.

Mitteilungen der Verwaltung:

- Die ehemalige Mitarbeiterin in den Psychosozialen Diensten Hatice Kadem hat im Bezirk Neukölln am 3. November ihre eigene Praxis eröffnet. Im Mariendorfer Weg 63-64 hat Neukölln damit die erste kinder- und jugendpsychiatrische Praxis. Die Bezirksstadträtin Vogel sang überreichte bei der Eröffnungsfeier am 09.01.2009 den Buddybär Rixi zusammen mit den besten Wünschen des Bezirksamtes.
- Zusammen mit dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung (ies) veranstaltet der Berliner Beirat für Familienfragen am Donnerstag, den 29.01.2009 ab 9.30 Uhr, im Interkulturellen Zentrum der evangelischen Kirchengemeinde Genezareth das Familienforum Neukölln. Der Berliner Beirat für Familienfragen veröffentlicht 2010 den Berliner Familienbericht und möchte über die Familienforen in einen direkten Dialog mit den Familien treten. Neben dem Familienforum Neukölln sind Foren in den Bezirken Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg, Marzahn-Hellersdorf, Spandau und Steglitz-Zehlendorf geplant.
- Die wiederkehrende Presseberichterstattung gab Herrn Bezirksbürgermeister Buschkowsky den Anlass, unter seiner Federführung eine Arbeitsgruppe Alkohol ins Leben zu rufen. Unter Beteiligung der Polizei finden hierbei wöchentliche Streifen durch den Bezirk statt, um sowohl Gastronomiebetriebe als auch Jugendliche auf der Straße auf die Einhaltung des Jugendschutzgesetzes zu kontrollieren. Insgesamt wurden im November 245 Personenkontrollen und 18 Kontrollen von Verkaufsstellen durchgeführt, sowie 44 Gaststätten und 28 sonstige Orte (z. B. U-Bahnhöfe) überprüft. Mit den Familien der mit Alkohol angetroffenen bzw. rauchenden Jugendlichen vereinbart Frau Früh (nicht mehr aktive Mitarbeiterin des Jugendamtes Neukölln) im Anschluss an die Kontrollen einen Gesprächstermin, um den genauen Hergang zu erfahren, auf die Wirkungen von Alkohol und Zigaretten hinzuweisen und um einen ersten Eindruck von der Familie zu gewinnen. Sofern es notwendig erscheint, wird der Regionale Sozialpädagogische Dienst über die Familie informiert, welcher dann weitere Schritte einleitet.

- Auf Grund der Aktualität des Themas und der Tatsache, dass Konsummuster wie das Rauschtrinken bei Jugendlichen zunehmen, nimmt das Bezirksamt Neukölln unter dem Motto „Na klar – unabhängig von Alkohol“ an einer berlinweiten Präventionskampagne der Fachstelle für Suchtprävention und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz teil. Über das ganze Jahr sind in allen Bezirken vielfältige Veranstaltungen und Aktionen geplant, um die Bevölkerung für die Risiken des Alkoholkonsums zu sensibilisieren. Die Leitfigur „Klara Kopf“ soll durch witzige Sprüche auf Plakaten und Flyern Jugendliche von einem überlegten Umgang mit Alkohol überzeugen. Die Schirmherrschaft hat Frau Senatorin Lompscher übernommen.
- Entgegen des Artikels „Ferien können lang werden“ von Claudia Keller im Tagesspiegel vom 23.12.2008 waren bis auf die gesetzlichen Feiertage alle Einrichtungen in den Winterferien regulär geöffnet. Im Neuköllner Norden öffnete das Yo!22 sogar am ersten und zweiten und der Madonna Mädchentreff am zweiten Weihnachtsfeiertag.
- Vom 05. Februar bis 12. März 2009, jeweils von 09.00 bis 15.00 Uhr lädt das Neuköllner Kinderbüro Schulklassen ab der 4. Jahrgangsstufe, Jugendliche und Erwachsene zur 10. Rathausrallye ins Rathaus Neukölln ein. Während der Rathausrallye können die jungen Menschen vor Ort miterleben, wie das so ist im Rathaus und was dort passiert. Die Tour durch das Rathaus beginnt mit einer Einführung. Danach wird in Kleingruppen das Rathaus erkundet und je Gruppe zwei Mitarbeiter/innen besucht. So werden die Kinder gezielt an die Strukturen der Bezirksverwaltung herangeführt, erhalten Einblick in die „Amtsstuben“ und haben die Möglichkeit, mit Mitarbeiter/innen des Rathauses kurze Interviews zu führen. Ziel ist es, Kinder und Jugendliche für die gesellschaftlichen und politischen Aufgaben in ihrem Bezirk zu interessieren und Verwaltungswege darzustellen. Kinder und Jugendliche lernen mögliche Formen der Beteiligung und ihre wichtigsten Rechte und Pflichten kennen. Damit Kinder und Erwachsene auch außerhalb dieser Zeiten ihr Rathaus erkunden können, hat das Kinderbüro ein kleines Heft mit spannenden Fragen rund ums Rathaus vorbereitet. Eröffnet wird die 10. Rathausrallye am Mittwoch, dem 04. Februar 2009, um 13:00 Uhr.

zu 6 Nächste Sitzung: 5.02.2009

Da der nächste Termin des JHA in den Winterferien liegt, bittet Frau Finger um Entscheidung. Die Mehrheit der Mitglieder wird anwesend sein, beziehungsweise eine Vertretung senden.

Frau Knörr bittet darum, dass der Antrag Drs. Nr.0895/XVIII Nachhaltige Jugendarbeit gegen Rechtsradikalismus nicht in der folgenden Sitzung behandelt wird.

Die nächste Sitzung findet am 05.02.2009 statt.

Die verteilten Fragebögen der Landesarbeitsgemeinschaft Kinderschutz nach § 78 KJHG dienen der Vorbereitung und werden in der nächsten Sitzung besprochen.

Berlin-Neukölln, den 28. Januar 2009



Jutta Finger
Vorsitzende des Ausschusses

Saskia Könning
Protokoll